

blick nach rechts

G 13861

INFORMATIONSDIENST ÜBER RECHTSAUSSEN: 14. Jahrgang Nr. 07 2. April 1997

➔ **Blindes rechtes Auge** Seite 2

Die auf Aussöhnung zielende offizielle Politik des Vertriebenenverbandes wird von Funktionären zunehmend unterlaufen. Revanchistische Hardliner finden sich bis in die oberste BdV-Führungsspitze.

➔ **Südtiroler Spannungen** Seite 6

Im Zusammenhang mit dem Mord an dem Landtagsabgeordneten Waldner sind erneut die Konflikte zwischen der deutschstämmigen als auch der italienischen Ultrarechten in der Provinz Südtirol offenkundig geworden.

➔ **Werbung mit NS-Symbolen** Seite 8

Der schwarze Schatten des Gestapo-Staates wurde gesetzlich geschütztes Warenzeichen. Für den Deutschen Werberat kein Grund zur Beanstandung.

➔ **BNR-Interview** Seite 10

Für den Bonner Künstler Itamar Geyer, der eine Ausstellung über die Opfer des Nationalsozialismus maßgeblich gestaltet hat, muß sich Erinnerungsarbeit nicht nur mit der Vergangenheit sondern auch mit der Gegenwart auseinandersetzen.

Tagebuch Seite 14

Nur im Abo. 14tägig zum Preis von DM 117,- jährl. zzgl. MwSt. und Versand
Vorwärts Verlag, Wilhelmstr. 140, 10963 Berlin
Telefon 030/25 99 16 41, Fax 25 99 16 54

Unversöhnliche Töne bei den Vertriebenen:

Blind auf dem rechten Auge

Die Hardliner innerhalb der Vertriebenenverbänden schüren nach wie vor Ressentiments gegenüber den östlichen Nachbarländern. Der BdV-Vize Paul Latussek verbreitet sein revanchistisches Gedankengut auch gerne über ultrarechte Publikationen.

In einer Pressemitteilung gab der „Bund der Vertriebenen“ (BdV) am 18. März bekannt, „daß Kontakte zu und Auftritte vor Gruppierungen, wie beispielsweise in den Verfassungsschutzberichten des Bundes als links- und rechtsextremistisch gekennzeichneten, nicht vereinbar mit den Aufgaben und Pflichten eines BdV-Präsidiumsmitglieds“ seien.

Anlaß der hölzern formulierten Pressemitteilung war ein Bericht des ARD-Politmagazins Report (17.03.97), der über einen Auftritt des BdV-Vizepräsidenten Paul Latussek auf einer geschlossenen Veranstaltung der rechtsextremen „Gesellschaft für Freie Publizistik“ (GFP) am 19. Januar 1997 im nordrhein-westfälischen Herford-Laar informierte (dies bestätigte NRW-Verfassungsschutz-Chef Achim Baumann).

Die GFP, eine Art überparteiliche Sammelorganisation von im publizistischen und juristischen Bereich aktiven Rechtsextremisten unterschiedlicher ideologischer Orientierungen, ist mit über 400 Mitgliedern - nach Angaben des Bundesamtes für Verfassungsschutz - „die größte rechtsextremistische Kulturvereinigung“ in der Bundesrepublik. Ziel der am 25. September 1960 anlässlich der Frankfurter Buchmesse von ehemaligen SS-Offizieren und NSDAP-Funktionären gegründeten GFP war und ist es, eine engere Kooperation zwischen rechtsextremen Verlagen zu ermöglichen sowie Verleger und Autoren bei Indizierungsverfahren politisch und juristisch zu unterstützen. Daneben gilt der „geistige Kampf den Entstellungen in der deutschen Geschichtsbetrachtung, den unwahren Darstellungen der Ursachen und Hintergründe beider Weltkriege“ (Eigendefinition).

Geführt wird die GFP seit Mai 1992 von Rolf Kosiek, einst Chefideologe der NPD und von 1968

bis 1972 baden-württembergischer NPD-Landtagsabgeordneter. Hauptberuflich ist Kosiek Mitarbeiter und Verlagslektor beim Tübinger Grabert-Verlag, dem Hort bundesdeutscher Holocaust-Leugner. Als Referenten waren auf Kongressen und Tagungen der GFP bisher u.a. der unlängst verstorbene Adolf von Thadden (Ex-Bundesvorsitzender der NPD), Felix Buck (1938-39 in der IG-Farben-Hauptverwaltung „tätig“, nach 1945 Kopf der SS-orientierten Untergrundorganisation „Aktion Deutschland“), Waldemar Schütz (einst Ordensjunker an NS-Ordensburgen und SS-Hauptsturmführer) und Andreas Mölzer (von 1991-1994 Kuratoriumsvorsitzender des „Freiheitlichen Bildungswerkes“ der FPÖ), zugegen.

„Keine Duldung von extremistischen Kontakten“

Dem GFP-Auftritt des BdV-Vize Latussek, der zum Thema „Deutschland im sozialen Brennpunkt“ referierte, lauschten rund 100 Zuhörer, darunter auch Werner Haverbeck, einst NSDAP-Funktionär, Begründer und Leiter des „Reichsbundes Volkstum und Heimat“ (1933-1935) sowie Vertrauter von Führer-Stellvertreter Rudolf Heß.

Als Organisatoren der als privat getarnten oben erwähnten Veranstaltung, abgeschirmt durch einen Saalschutz, gelten Siegfried Jach (Mitglied des BdV, der „Landsmannschaft Pommern“ und des „Präsidiums der Notverwaltung des Deutschen Ostens“ >NDO<), dessen Einladungspapier zugleich als Zutrittsberechtigung diente, und Sigrid Schenk. Die pensionierte Kriminalbeamtin, einst auch Leserbriefschreiberin für die spanisch-deutsche Neonazi-Postille „CEDADE“, ist seit mindestens 15 Jahren eine der GFP-Führungsgrößen in Ostwestfalenlippe.

Wie dem in BdV-Kreisen in Umlauf geratenen Briefwechsel zu entnehmen ist, bewertete Latussek seinen Auftritt vor Ewiggestrigen in Herford-Laar in einem Schreiben an den BdV-Präsidenten Fritz Wittmann (CSU) als „großen Erfolg“ (Brief v. 26.02.97). Wittmann hatte sich, nachdem der Auftritt des BdV-Vize zu einer Kleinen Anfrage (13/6948) durch BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Bundestag geführt hatte, über dessen Referat bei der GFP befremdet gezeigt (Schreiben vom 21.02.97). Latussek teilte daraufhin seinem Präsidenten mit, daß er nicht daran denke, sich seinen Umgang vorschreiben zu lassen (Brief v. 26.02.97):

„Herr Dr. Wittmann, nun zu ihrem inquisitorischen Verlangen, nämlich mein Verhalten zu überdenken und Ihnen mitzuteilen, ob ich künftig Kontakte zu extremistischen Kreisen meiden werde. Diese Aufforderung an sich ist eine Unverschämtheit und disqualifiziert Sie als Demokrat. In wessen Auftrag tun sie dies? Sind die Vertriebenen in Ihren Augen Extremisten?“

Mit seinem Schreiben v. 28.02.97 an Latussek hält Wittmann dann fest, daß dessen Verhalten „bislang einmalig“ in der BdV-Verbandsgeschichte sei und Satzung sowie Selbstverständnis des BdV widerspreche. O-Ton Wittmann: „Ich bin nicht gewillt, Ihre Kontakte zu extremistischen Gruppierungen zu dulden.“

„Demütigung der Heimatvertriebenen“

Latusseks „Nähe zum Rechtsextremismus“ (Kleine Anfrage, ebd.), die diesem schon seit Jahren eigen ist, scheint Wittmann bis zu dessen GFP-Auftritt jedoch nicht aufgefallen zu sein.

So blieb seitens des BdV z.B. ein Latussek-Interview in der „Jungen Freiheit“ (JF; 38/96, S. 2), in der er die Oder-Neiße-Grenze als „Unrecht“ bezeichnete, unkommentiert. Ebenso ein JF-Artikel („Aufwertung für Mitteleuropa“; 51/96, S. 13) von Latussek, in dem dieser seine Auffassung von der deutschen Ostgrenze bekräftigte: „Es ist unerträglich, wenn deutsche Politiker so tun, als wäre eine völkerrechtlich verbindliche Gebietsabtretung mit den bisherigen Verträgen zustande gekommen und damit fälschlicherweise auch den Polen einen Zustand einreden wollen, der nun einmal nicht vorhanden ist.“

Ähnlich tönte Latussek in seinem Beitrag „Aufgaben des Bundes der Vertriebenen“ für den 1995 beim Tübinger Hohenrain-Verlag erschienenen Sammelband „50 Jahre Vertreibung“ (Herausgeber: Rolf-Josef Eibicht, Autor des NPD-Organs „Deutsche Stimme“). Textidentisch findet sich der Artikel auch in „Nation+Europa“ (April 1995). Darin heißt es u.a.: „Es ist ein bedauerliches Faktum westdeutscher Politik, daß von dem selbstverständlichen und völkerrechtlich abgesicherten Anspruch des deutschen Volkes auf seine Ostgebiete (...) im Laufe der Zeit Parteien aus mangelndem Patriotismus Abstand nahmen. ... Mit der Vereinigung von West- und Mitteldeutschland und, damit verbunden, mit dem Wegfall des Eisernen

Vorhanges sind nunmehr neue Bedingungen für eine selbständige deutsche Politik in Europa entstanden, die auch der Vertriebenenpolitik neue Möglichkeiten schaffen.“ Im Sinne Latusseks bedeutet dies klipp und klar: „Die Durchsetzung des Ansiedlungsrechtes für die Deutschen in der Heimat.“ Revanchismus pur. Dafür machte er sich auch im wöchentlich erscheinenden „Ostpreußenblatt“ stark („Ostdeutschland kulturell erschließen“; 42/95, S. 12): „Polnische Politik wird erst dann europäischen Ansprüchen genügen können, wenn sie bereit ist, dafür zu sorgen, daß Deutsche, die als Deutsche in der Bundesrepublik Deutschland geboren wurden, in ihrer Heimat Schlesien, Ost- und Westpreußen oder Pommern auch als Deutsche leben können. Die kulturelle Erschließung Ostdeutschlands bedeutet Herstellung von mehr Normalität in Europa. Normalität in den ostdeutschen Vertreibungsgebieten ist erst dann erreicht, wenn es für die dort lebenden Deutschen wieder deutsche Schulen, deutsche Vereine, deutsch als Amtssprache und Ortsschilder mit deutscher Beschriftung gibt, das heißt, wenn ostdeutsche Kultur als Kultur der Heimat an ihren traditionellen Platz in einem friedlichen Wandel zurückkehrt und dort lebendig ist.“

„Neuen politischen Kräften eine Chance geben“

Der BdV-Multifunktionär (seit 1980 Dozent an der Technischen Hochschule Ilmenau, bis 1990 parteilos, dann Gründungsmitglied der „Forum Partei“ und der DSU in Thüringen, über mehrere Jahre hinweg DSU-Landesvorsitzender in Thüringen, seit 1992 BdV-Vizepräsident, Mitglied des Kuratoriums der „Kulturstiftung der Vertriebenen“, Sprecher des Rates der Vertriebenen in Mitteldeutschland“ und stellvertretender Vorsitzender der „Arbeitsgemeinschaft der Landesverbände“) hatte seinen bisher spektakulärsten Auftritt vergangenes Jahr in Berlin. Beinahe unverhohlen schürte Latussek beim 47. Tag „Tag der Heimat“ des BdV am 8. September 1996 in seiner rund 30minütigen Rede, in Anwesenheit des geschockten Bundespräsidenten Roman Herzog, Ressentiments gegen östliche Nachbarn. Gefördert wurde die Veranstaltung aus Bundesmitteln in Höhe von 24.850 DM.

Mißfällig äußerte sich Latussek auch über die am 21. Januar '97 unterzeichnete deutsch-tschechische Aussöhnungserklärung. Da dieser auch die Unionsparteien, klassischer Partner der Vertriebenen,

zugestimmt haben, verlieren BdV-Hardliner wie Latussek zunehmend an politischem Gewicht. Dem Verlust politischen Einflusses und der Angst, nur noch Kulturverein zur Pflege alter Traditionen zu sein, begegnen einige BdV-Funktionäre mit zunehmender Radikalisierung. Am 15. Februar erschien eine sogenannte „Silberthaler Erklärung“, herausgegeben von allen Landesverbänden des BdV aus den neuen Ländern. Darin heißt es anklagend, „daß die Wahrung der Interessen des deutschen Volkes durch die deutsche Außenpolitik nicht hinreichend gegeben ist“ und ganz offen wird

damit gedroht, bei der Bundestagswahl 1998 sich Partner auch jenseits der Union zu suchen: „Die Möglichkeiten eines Zusammenwirkens mit anderen Interessengemeinschaften in einem Wahlbündnis sind zu prüfen.“ Noch deutlicher drückt sich Latussek in einer Presseerklärung (ohne Datum; veröffentlicht auch im „Witiko Brief“ 1/97) zum deutsch-tschechischen Aussöhnungswerk aus, für ihn eine „neue Dimension der Demütigung der Heimatvertriebenen“: „Wer Verantwortung in sich fühlt muß jetzt handeln. Muß neuen politischen Kräften eine Chance geben, weil die alten versagt

Für eine „saubere Schweiz“

Die Elite der Glatzen

Am Samstag, den 4. November 1995 überfielen 56 verummte und bewaffnete Skinheads eine antifaschistische Veranstaltung in Hochdorf bei Luzern. Die Angreifer, angeführt von Schweizer Hammerskins, erhielten auch Beifall ihrer deutschen Gesinnungskameraden: „Hass Attacke“, das Zine der sächsischen Hammerskins, schrieb: „In der Schweiz haben vierzig Hammerskins ein Antifakonzert attackiert. Weiter so!! Allerdings hatte die Aktion auch schlechte Konsequenzen nach sich gezogen, sprich ‘Hausdurchsuchungen’ usw.“

Die Konsequenzen kamen schnell, einem Monat nach dem Überfall war der Polizei die Identität aller 56 Angreifer bekannt, nicht alle waren Hammerskins, aber alle gehörten zur Glatzenszene. Dreizehn von 56 Angreifern, fast ein Viertel also, hatte zum Zeitpunkt des Angriffes das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet, über die Hälfte der Angreifer den 20. Geburtstag noch nicht gefeiert. Nur wenige waren älter als 25 Jahre alt. Mit einer Ausnahme sind alle Verurteilten ledig, viele leben noch bei ihren Eltern, einige wenige wohnen mit einer Freundin zusammen. Die Glatzen leben alle im Gebiet zwischen Bern und dem Bodensee, meist in ländlicher oder kleinstädtischer Umgebung. Ein einziger Angreifer ist Gymnasiast, einer Handelschüler, einer war Krankenpfleger, die restlichen Angreifer sind in handwerklichen Berufen tätig, Mechaniker, Monteur, Landwirt, Bauspengler, Maler, Landschaftsgärtner und ähnliche Berufe, ihrem Alter entsprechend sind viele noch Lehrlin-

ge. Nur wenige sind arbeitslos. Einige von den Schlägern haben einschlägige Vorstrafen, waren beispielsweise an einem Sprengstoffanschlag auf eine Asylbewerberunterkunft oder an tätlichen Angriffen auf Asylbewerber beteiligt.

Von der Polizei befragt zu ihren Motiven meint man noch beim Lesen der Antworten, die Skins stottern zu hören. »Das Ziel ist, daß es keine ‘Nigger’ mehr gibt. Im Moment gibt es keine klaren Vorstellungen darüber, wie das Ziel erreicht werden kann. Wir sind im Moment zu wenig Leute, daß man etwas machen kann«, erklärt ein Berufloser, Jahrgang 1977. Rassistischen Klartext verbreitet ein Hammerskin: »Ziel und Zweck unserer Organisation sind, Reinheit der weißen Rasse, gegen die Drogen und gegen Ausländer, die sich nicht anpassen und nur Gewalt verbreiten.«

„Keine ‘Nigger’ mehr“

Die Schweizer Hammer-Skins (SHS), gegründet im Winter 1990/91, gaben sich im Herbst 1993 einen Vorstand, der Ende 1995 aus zehn Personen bestand. Überraschenderweise gehören dem Vorstand auch drei Frauen an, sie alle sind mit einem weiteren Vorstandsmitglied befreundet bzw. verheiratet. Die Mehrheit des Vorstandes stammt aus der Region Luzern, seit mehreren Jahren das Zentrum der Deutschschweizer Skinszene. Zu den Aktivitäten des Vorstandes gehörte - neben der Organisation von Besäufnissen und dem Versand interner Infoblätter - die Herausgabe des »Hammers«, der »Patriotischen Zeitschrift der Schweizer Hammerskins«, deren letzte Nummer im August 1995 erschien. Einen eigenen Vorstand hatte die SHS-Aufbauorganisation (SHS-AO), bestehend aus vier Männern. Die SHS-AO sollte dem Nachwuchs geistigen Schliff beibringen. Das Ergebnis

war oft wenig rühmlich, Suff oder Schulung das Dilemma: »Unsere Organisation muß versuchen sich zu festigen; und das kann nur geschehen, wenn auch ihr einmal Disziplin, Einsatz und kameradschaftliches Verhalten dem Saufen vorzieht!«

Die SHS, der rund 50 Skins angehören, versteht sich als Elite der Glatzen und beansprucht die Führung innerhalb der Szene. In ihrem Schatten entstanden in der Deutschschweiz mehrere lokale rechtsextreme Gruppen, deren aktivste Mitglieder Hammerskins waren. In der Umgebung von Luzern besteht seit April 1993 eine Gruppe „Morgenstern“, die im Frühling 1996 knapp zwanzig Mitglieder zählte. Auch in der Ostschweiz bildeten Skins feste Strukturen und nannten sich »Patriotischer Ost-Flügel« (POF), sie sind gegen „Multikultur, Asylmißbrauch, die Integration von Ausländern“. Keinen Vorstand und keine Strukturen geschaffen haben die Skins der Berner Vorortsgemeinden. Sie nennen sich »Organisation Bern«. In der Umgebung von Olten war die »Rechtsfront Olten (RFO)« aktiv.

Der Druck der Strafverfolgung nach dem Hochdorfer Überfall hat die Strukturen der Schweizer Hammer Skinheads geschwächt. Einige organisierte Skin-Aktivitäten lassen sich jedoch auch für 1996 nachweisen. Im Herbst 1996 ist die 5. Nummer des

Zines »Berserker« erschienen. Das Zine, Untertitel „Das Schweizer Musikmagazin“ berichtet vorwiegend über Musikgruppen der Nazi-Rock-Szene. Nicht mehr erschienen ist das Neuenburger Zine »Mjöltnir«, die »Stimme der westschweizerischen Hammerskins«. Ihre beiden Redakteure wurden Ende Juni 1996 zu zwanzig Tagen Gefängnis auf Bewährung verurteilt. In »Mjöltnir« war der Holocaust gelehrt und waren Ausländer als »Ungeziefer« beschimpft worden.

Nach vielen Jahren Pause hat die Schweizer Skin-Szene wieder eine eigene Musikgruppe. In Basel haben sich drei Skins oder Hooligans (Guido, Patrick, Jens B.) zusammengetan und unter dem Namen »Sturmtruppen« eine CD (»Basler Freunde«) produziert. Eigene politische Veranstaltungen brachte die SHS nicht zustande. Aber Deutschland ist nahe. An der Demonstration gegen die Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht“ vom 1. März 1997 in München nahm gemäß NZZ auch eine bis dahin unbekannte Schweizer Gruppe teil, die sich »Nationale Initiative Schweiz« nennt. Auf ihrem Plakat gedenken die Schweizer Neonazis ihrer nazistischen Ahnen, die sich als Freiwillige der Waffen-SS anschlossen: »Auch unsere 800 Kriegsfreiwilligen sind keine Verbrecher.« Eine geschichtsklitternde Ansicht.

Hans Stutz

Zündels Weg

Toronto/Kanada - Aus 14 Seiten besteht die jüngste Ausgabe des Rundbriefes (Nr. 215) von „Germania“, dem Verlautbarungsorgan des Holocaustleugners Ernst Zündel (Toronto). Alle Seiten sind dem persönlichen und politischen „Lebenslauf“ von Zündel (geb. 24. April 1939 in Calbach/Baden-Württemberg) gewidmet. Der „blick nach rechts“ dokumentiert die wichtigsten politischen Stationen: 1958 wandert Zündel nach Kanada aus, um seiner Einziehung zur Bundeswehr auszuweichen. In den Folgejahren tritt er in Kanada auf den rechtsextremen Französisch-Kanadier Adrien Arcand, der Zündels politisches Denken nachhaltig beeinflusst. Seine Arbeit als Graphiker und Maler macht Zündel nach eigenem Bekunden „wohlhabend“. Anfang der siebziger Jahre begegnet er Thies Christophersen und übersetzt dessen „Auschwitz-Lüge“ ins Englische. 1979 protestieren Zündel und sein sich weltweit ausbreitender Freundeskreis von Gleichgesinnten gegen die Ausstrahlung des Filmes „Holocaust“ in mehreren Ländern. Im gleichen Jahr nimmt er an der Gründungsversammlung

des „Institute for Historical Review“ teil. Kontakte zu Holocaustleugnern wie Arthur Butz, Robert Faurisson, Ditlieb Felderer und Udo Walendy werden auf- und ausgebaut. 1980 verlegt der Zündel-Verlag, Samisdat Publishers, eine kanadische Ausgabe der Hetzschrift „Did Six Million Really Die?“ („Starben wirklich sechs Millionen?“) des Engländers Richard Harwood. 1982 spezialisiert sich Zündel auf die Produktion und den Vertrieb von Video-„Aufklärungsfilmen“. Juristisch wird Zündel erstmals in der Bundesrepublik vom Hamburger Rechtsanwalt Jürgen Rieger vertreten; in Kanada steht ihm Doug Christie zur Seite. 1987 beauftragt Zündel zu seiner strafprozessualen Unterstützung den US-Amerikaner Fred Leuchter mit „Forschungsarbeiten“ in Auschwitz, die dieser illegal ausführt. 1991 wird Zündel in München bei der Kühnen-Gefährtin Ingrid Weckert verhaftet und in der Folgezeit wegen Volksverhetzung verurteilt. Ab Ende 1994 ist Zündel im Internet vertreten. Zündels abschließende Versicherung: „Eins ist klar: Zündel wird kämpfend seinen Weg gehen, bis zum bitteren Ende - oder bis zum endgültigen Sieg über die Lüge des zwanzigsten Jahrhunderts!“ F.K.

Ein politisches Attentat?

Südtiroler Spannungen

Der Mord an einem Südtiroler Landtagsabgeordneten hat erneut die Ultrarechten von deutscher als auch italienischer Seite in der Provinz gegeneinander aufgebracht.

Für die deutsche Öffentlichkeit war es ein Mord wie viele andere, der in der Rubrik „Vermischtes“ beiläufig erwähnt wurde:

Am Samstag, dem 15. Februar 1997 wurde gegen 12.00 Uhr der Abgeordnete des Südtiroler Landtages Christian Waldner durch fünf Schüsse getötet. Nach weniger als einer Woche war der Täter gefunden, ein 29-jähriger, vormaliger enger Vertrauter, Peter-Paul Rainer. Das Motiv war alsbald geklärt: das Opfer hatte den - psychisch nicht sehr stabilen - Täter neun Jahre lang wegen eines (möglicherweise von ihm selbst) gefälschten Abiturzeugnisses unter Druck gesetzt, auf das Rainer seine wissenschaftliche Karriere an der Universität Innsbruck gebaut hatte.

Auf den ersten Blick war es also nicht mehr als eine Beziehungstat. Dazu paßte allerdings nicht die breite Berichterstattung etwa im Regionalblatt „Dolomiten“. Allein mit der Betroffenheit über die ungewöhnliche Tat läßt sich das nicht erklären, obwohl es verständlich ist, wenn ausführlich über Opfer und Täter sowie ihre Familien, selbst über Waldners Doberman Raoul und dessen neues Zuhause, berichtet wird. Staatsanwaltschaft und Verteidigung informierten weitschweifig über die Ermittlungen, der inhaftierte Täter trat sogar im Fernsehen auf. Irritation kommt aber auf, als dann politische und sonstige Vereinigungen sich des Falles annahmen. Ihr Interesse beruht keineswegs, wie gemutmaßt wird, auf der Sorge, das Urlaubsland Tirol werde infolge der Tat Schaden nehmen. Hintergrund ist vielmehr die „existentielle Frage nach dem ethnischen Mit- oder Gegeneinander der Gruppen Südtirol“ (FAZ). Die Aggressivität der Debatten erweckt für einen Außenstehenden den Eindruck, als sei eine in sich nach wie vor zerrissene Region in ihrem Selbstverständnis berührt, als seien rechte Akteure bemüht, sich dem Ausgleich des deutschstämmigen Südtirol mit Italien in den Weg zu stellen.

Waldner kommt ebenso wie Rainer von der „Südtiroler Volkspartei“ (SVP), die mit ihrem Vorsitzen-

den Magnago über lange Jahre einen Verständigungskurs in der Diskussion um die Autonomie für die deutsche Volksgruppe verfolgt hatte. Waldner wurde im März 1989 der Vorsitzende von deren Jugendorganisation und holte sich seinen nachmaligen Mörder als Landesjugendsekretär. Es entwickelte sich eine enge politische Zusammenarbeit, in der Rainer als der Ideengeber im Hintergrund galt. Das galt etwa für die spektakuläre separationsverdächtige Selbstbestimmungsveranstaltung „Nachdenken am Brenner“, die in Italien erhebliche Unruhe auslöste und nicht zum ersten Mal das mühsam gekittete Verhältnis gefährdete. In welcher Richtung die Beteiligten dachten, macht auch ihre Zusammenarbeit im rechtsreaktionären „Schützenbund“ deutlich, wo Rainer u.a. Kulturreferent wird. Alsdann verlassen Rainer und Waldner aus Protest gegen die maßvolle Linie bei der Abstimmung über das Autonomiepaket die „Südtiroler Volkspartei“ und gründen im Dezember 1992 mit Stefan Gutweniger, dem Bundesmajor des „Schützenbundes“, sowie dem Vorsitzenden Pius Leitner einen Südtiroler Ableger von Jörg Haiders „Freiheitlichen“. Leitner und Waldner ziehen im Herbst 1993 als Abgeordnete der „Freiheitlichen“ in den Südtiroler Landtag ein. Christian Waldners Engagement bei den „Freiheitlichen“ währt allerdings auch nicht allzu lange, sein Arbeitsstil führt zum Parteiausschluß. Er gründet daraufhin eine eigene Fraktion, die er „Bündnis 98“ nennt und die mit der „Lega Nord“ zusammenarbeitet. Dem Vernehmen nach unterstützte Waldner, angeblich auch mit weiteren Schützen, die Bestrebungen der Lega um ein Referendum über die Abspaltung Padaniens. Es wurde spekuliert, Lega wolle Waldner als Abgeordneten für Südtirol aufstellen, um so Unterstützung bei der deutschen Wählerschaft zu bekommen.

Schüsse auf Haiders Werk

Für die Lega Nord, die sich überraschend schnell zu Wort meldete, stand das politische Motiv des Mordes fest. Als Bestätigung dafür galt die Information, Waldner habe an einem Dossier über die Finanzierung der „Freiheitlichen“ gearbeitet. Rechte italienische Kreise mobilisierten gegen die Schützen, zu denen die Beteiligten gehörten; sie werden als staatsabträglich gescholten. Die Tat wurde als Stütze für den Fortbestand des von den Schützen seit Jahren bekämpften Verbots gewertet, historische Waffen zu tragen. Daß es bei den Schützen nicht mit rechten Dingen zugeht, schloß man auch aus der Tatsache, daß Rainer mit anderen

Schützenbundmitgliedern die Mordwaffe im Büro der „Freiheitlichen“ zu Schießübungen benutzt hatte; pikanterweise wurden dabei Publikationen von Jörg Haider durchsiebt. Schließlich waren die beteiligten Schützen u.a. wegen Aktionen gegen das bei den deutschstämmigen Südtirolern als faschistisch geschmälte „Siegesdenkmal“ in Bozen ins Gerede gekommen.

Ins Gerede kam aber auch die Universität Innsbruck, die sich heftig gegen den Vorwurf verwahrte, mit Hilfe der Stiftung Laurin habe sie rechtslastigen Südtirolern zu Studium und beruflicher Karriere verholfen. Rainer muß sich jetzt der Aberkennung des im vergangenen November für eine Arbeit über die Ortsnamenfrage in Südtirol verliehenen Dokortitels gewärtig sein. Aber auch das Opfer Christian Waldner hatte seine Laufbahn in Innsbruck begonnen. Zunächst wurde er Magister der Betriebswirtschaftslehre, dann Assistent für das italienische Steuerrecht. Das Arbeitsverhältnis wurde, so die Universität, beendet, weil „Waldner nicht die fachlichen Erwartungen erfülle“.

Als letzte in dem dissonanten Chor meldete sich die „Union für Südtirol“ durch die Landtagsabgeordnete Eva Klotz zu Wort, die ebenfalls ursprünglich Mitglied der traditionsreichen „Südtiroler Volkspartei“ war. Die UfS wirft der SVP permanent Verrat an der Heimat vor, weil sie den Weg des Ausgleichs mit Italien suchte. Christian Waldner wiederum wurde gescholten wegen seiner Kontakte zur italienischen „Lega“. Die teilnahmsvollen Nachrufe der politischen Gegner Waldners karierte Frau Klotz als „Chor der Heuchler“. Der juristische Teil des Vorganges dürfte angesichts des Geständnisses alsbald gelöst sein. Offen gelegt ist erneut die Situation Südtirols, die obgleich formal geregelt, nach wie vor von Unsicherheit geprägt scheint. Da fügt es sich, daß sich gerade jetzt die SVP mit dem Vorschlag zu Wort meldet, Italien in einem geeinten Europa den Status eines echten Bundesstaates nach deutschem Vorbild zu geben und Südtirol, getrennt von Trient, in diesem volle Eigenständigkeit einzuräumen.

Klaus-Henning Rosen

„Gefährliches Süppchen“

„Nationaler Wahn im Plenarsaal des Landtags“ titelte die „Badische Zeitung“ am 18. März anläßlich eines Auftritts von Alfred Mechttersheimer bei der REP-Landtagsfraktion im Stuttgarter Landtag. Die „Badische Zeitung“ weiß auch von „drei stattlichen Kerlen“ zu berichten, die streng darauf achten, daß kein Störer in das Gebäude kommen konnte. Rund 200 Zuhörer lauschten dem Einigungspropheten des rechtsextremen Lagers, der zum Thema „Multiethnische Entwicklung und Demokratiegebot“ sprach. Seine Rede nutzte Mechttersheimer zur Stimmungsmache gegen Nichtdeutsche. So erklärte er, daß eine funktionierende Demokratie „ethnische Homogenität“ voraussetze: Ausländer, egal auch ob mit oder ohne deutschen Paß, „schwächen die Demokratie“. Die „Badische Zeitung“ in ihrem Fazit zum Mechttersheimer-Auftritt: „Mechttersheimer überzieht, verkürzt, und kocht so aus den giftigen Kräutern der Fremdenfeindlichkeit ein gefährliches Süppchen, das die erkennbare >Angst< seiner Zuhörer vor >Überfremdung< zum >Wahn< zu steigern vermag. Der >Plenarsaal des Landtags< erlebte an diesem Abend eine >Debatte der besonderen Art<.“

Einen seiner letzten großen Auftritte hatte Mechttersheimer anläßlich des 80. Geburtstages des Solinger

Bauunternehmers Günther Kissel (siehe BNR 4/97), wo er die Laudatio auf den Jubilar auf Schloß Burg (Sölingen) halten durfte. (Die Rede von Mechttersheimer liegt dem „blick nach rechts“ vor.) Bejammert wurde von Mechttersheimer, daß „die Seele der Deutschen gebrochen“ und die „Überlebensfähigkeit“ der deutschen „Gemeinschaft“ bedroht sei. Finanzielle Unterstützung von strukturschwachen Staaten und Beiträge an die EU bezeichnete Mechttersheimer als „ökonomische Ausbeutung“ bzw. als „Reparationen“. In der Zuwanderung von Nicht-Deutschen in die Bundesrepublik sieht Mechttersheimer „die für den Bestand und den sozialen Frieden unabdingbare relative Homogenität der Bevölkerung aufgehoben.“ Heute, so der „Friedensforscher“, finde nach 1945 „eine weitere Vertreibung von Deutschen statt und zwar aus ihren Stadtteilen.“

An Kissel bewundert Mechttersheimer, daß der sich „den Glauben an Deutschland“ nicht habe nehmen lassen. Zugewogen bei der Geburtstagsfeier waren auch Werner Haverbeck, ab 1932 in der HJ-Reichsjugendführung für die weltanschauliche Schulung und Kulturarbeit verantwortlich, und Armin Mohler („Ich bin ein Faschist“), Mentor der sogenannten „Neuen Rechten“, - beide von Mechttersheimer als „verdiente Männer bejubelt, „die sich aufgerieben haben im Kampf für die nationale Sache und die unbeugsam allen Anfeindungen widerstanden haben.“

Hubertus Kahl

Umgangs- sprache

Der schwarze Schatten des Gestapo-Staats in Kleinanzeigen: Ein NS-Symbol wurde gesetzlich geschütztes Warenzeichen

Die unendliche Geschichte eines Ärgernisses begann vor beinahe sieben Jahren. Da nahm ein bundesdeutscher Normalverbraucher des Geburtsjahrgangs 1938 Anstoß an einer Verbraucherwerbung, die in ihm Erinnerungen an seine Kindheit in den letzten Kriegsjahren weckte. Da warb, 45 Jahre nach dem Ende des Nazispuks, eine Firma, die Detektivausrüstungen an den Mann bringen wollte, mit der schwarzen Silhouette eines Hutträgers - und darin, weiß auf schwarz die Warnung „Psst! Feind hört mit!“



Der Normalverbraucher erinnerte sich damals daran, daß es seit 1972 den Deutschen Werberat gab, ein Selbstkontrollorgan der Branche mit der Aufgabe, „Mißstände im Werbewesen festzustellen und zu beseitigen.“ Diesem Gremium schrieb er am 1. August 1990: „Meine Beschwerde richtet sich gegen die instinktlose Benutzung eines Bild- und Textelements aus der Nazi-Zeit. Ich halte es für unerträglich, wenn mit dem Symbol des Gesta-

po-Staates, der seine ‘Feinde’ auch in der eigenen Bevölkerung witterte und mit dem schwarzen Schatten an der Wand und der Warnung ‘Psst! Feind hört mit’! diese Bevölkerung einzuschüchtern wußte, wenn damit heute ein Detektiv-Ausrüster in der Bundesrepublik auf Kundenfang geht.“

Der Deutsche Werberat brauchte damals etwa zwei Wochen, bis er dem Beschwerdeführer mitteilte, daß „keine Veranlassung zur Beanstandung“ bestehe, denn: „Die Abbildung des schwarzen Schattens, der einen Mann erkennen läßt, ist sicher nicht typisch für die Gestapo. Unbekannte Schatten und drohende Gebärden sind vielmehr seit langem Bestandteil eines jeden Krimis...“ Auch der Text „Psst! Feind hört mit!“ war nach Ansicht des Deutschen Werberats „nicht für die Zeit des Dritten Reiches typisch“. Geheimnisse, die dem Gegner oder Feind verraten werden sollten, seien vielmehr Bestandteil des täglichen Lebens „und stehen auch in unmittelbarem Zusammenhang mit der Tätigkeit eines Detektivs, dem mit der Anzeige einige Ausrüstungsgegenstände angeboten werden.“

Der so beschiedene Normalverbraucher wollte sich so nicht bescheiden lassen. Er fügte, um seine erneute Beschwerde beim Deutschen Werberat zu belegen, ein paar fotokopierte Dokumente aus den späten Jahren der Naziherrschaft bei - etwa den „Völkischen Beobachter“ vom 19. Januar 1944, wo Schatten und Slogan einspaltig im redaktionellen Text standen, sowie ein Plakat aus demselben Jahr mit demselben Motiv.

In seiner zweiten Replik, datiert vom 21. September 1990, räumte der Werberat zwar ein, daß der Slogan „Im Dritten Reich verwendet wurde, um vor dem Belauschen durch Spione zu warnen“. Gleichwohl war der Werberat der Meinung, daß weder die Zeichnung noch der Anzeigentext ein „Symbol des Gestapo-Staates“ sei. Es handele sich „hier vielmehr zudem um ein Generationenproblem“, wobei davon auszugehen sei, „daß nach 45 Jahren wohl nur ein verschwindend geringer Teil der mit dieser Anzeige umworbenen Bezüge zu den Geschehnissen des Dritten Reiches herstellt.“

Der Verbraucher, mit seinen damals 52 Jahren vom Deutschen Werberat selbst zum „Generationenproblem“ erklärt, resignierte - bis ihm eines Tages im Frühjahr 1997 die Werbung mit dem Nazi-Slogan wieder unter die Augen kam. Und wieder wandte er sich an den Deutschen Werberat. Der antwortete dem Beschwerdeführer, man habe von der Firma die Auskunft bekommen, „das Bildzeichen werde

von dem Unternehmen seit rund 15 Jahren verwandt; es handle sich um eine patentrechtlich geschützte Marke, die seit damals ständig in der Werbung eingesetzt werde.“

Der Normalverbraucher, der seinen Augen nicht trauen wollte, wurde bald eines Schlechteren



belehrt: Beim Deutschen Patentamt in München ist, seit dem 5. Februar 1993 und unter der Nummer 2092724, der Zeichentext „Psst! Feind hört mit!“ (s. Abb.) als Bildmarke der Mönchengladbacher Firma W. („Geschäftsbetrieb: Herstellung und Vertrieb von Detektivausrüstungen“) eingetragen und gesetzlich geschützt. Zwar sind nach dem Buchstaben des Gesetzes Marken von der Eintragung ausgeschlossen, die „gegen die guten Sitten verstoßen“ - aber offenbar gilt es hierzulande nicht als sittenwidrig, mit Nazi-Slogans auf den Werbemarkt zu gehen.

So ähnlich sieht das in seiner jüngsten Stellungnahme auch der Deutsche Werberat: Anfang März schrieb das Selbstkontrollorgan der Branche dem Beschwerdeführer: „Nach erneuter eingehender Bewertung der Anzeige teilt der Werberat zwar Ihre Sorge, kann das Werbemotiv dennoch nicht beanstanden: In der Bevölkerung wird darin ganz offensichtlich kein Bezug zum Hitler-Regime genommen. Der Text ‘Psst! Feind hört mit’ ist sogar Teil der Umgangssprache.“

Einer Umgangssprache, die sich bis heute - so geschichts- wie gedankenlos - speist aus dem Wörterbuch des Unmenschen...

Friedrich W. Husemann

Rechtsextreme Geschäfte

Helsingborg/Schweden - Am 5. April findet in der schwedischen Stadt Helsingborg eine internationale Demonstration gegen Rechtsextremismus statt. In Helsingborg befindet sich eine der größten Produktionsstätten von neonationalsozialistischer Propaganda (u.a. CDs, Videofilme). Hauptakteur hinter diesen Aktivitäten ist Erik Blücher (alias Nielsen). Blücher begann seine politische Karriere in den 70ern, als er Vorsitzender der „Norwegian Nasjonal Ungdomsfylking“ (NUF) war. 1975 gründete er die Partei „Norsk Front“ (NF), die 1980 ihren Namen in „Nasjonalt Folkesparti“ änderte. Blücher zählt auch zu den Gründungsmitgliedern der norwegischen „Antikommunistiska Förbund“ (NAF), die ein Teil der „Antikommunistischen Weltliga“ (WACL) war. 1981, nach Konflikten innerhalb seiner Partei, ging Blücher nach England und kooperierte eng mit Anthony Hancock und Gruppen wie „League of St George“ and „National Front“. 1983 erhielt

Blücher Einreiseverbot nach Großbritannien und ließ sich im schwedischen Örebro nieder. Von hier kooperierte er mit Neonazi-Organisationen wie „Sveriges Nationella Förbund“ (SNF), „Nordiska Rikspartiet“ (NRP) und „Bevara Sverige Svenskt“ (BSS). 1985 ging er nach Helsingborg und betätigte sich u.a. als Herausgeber von „Dokumentarfilmen“ über die Waffen-SS und Reden von Hitler und Goebbels. Drei Jahre später mußte er sein Imperium wegen finanzieller Schwierigkeiten aufgeben. Seit Jahren ist Blücher nun wieder führend im rechtsextremen Geschäft tätig (z.B. „Ragnarock Records“). Engste Kontakte bestehen zur dänischen „NS 88“, einem der weltgrößten Produzenten von NS-Videofilmen. An der Spitze von „NS 88“ stehen Marcel Schilf and Jesper Hartman. Während ihrer Zeit in Helsingborg haben sie eine Neonazi-Schlägertruppe namens RFSL („The national union for equal rights regardless of sexual orientation“) aufgebaut. In den Jahren 1995 und 1996 betrieb die Gruppe in Helsingborg auch die Neonazi-Kneipe „Walhalla“, wo zahlreiche „White Power-concerts“ veranstaltet wurden.

BNR-INTERVIEW

Beim Gedenken auch den Verstand gebrauchen

Im November 1996, 58 Jahre nach der Zerstörung der fünf Bonner Synagogen, der Verwüstung und Plünderung jüdischer Geschäfte und Wohnungen, wurde die Gedenkstätte für die Bonner Opfer des Nationalsozialismus in der Franziskanerstraße 9, unmittelbar anschließend zu dem im Aufbau befindlichen Stadtmuseum, eröffnet. Die Gedenkstätte, auf die der Verein an der Synagoge e.V. seit 1984 hingearbeitet und deren Einrichtung die Stadt Bonn mit rd. 300.000 DM unterstützt hat, besteht aus drei Räumen. Sie dokumentiert eindrucksvoll und nachdrücklich die Zeit des Nationalsozialismus in Bonn: an zahlreichen Einzelschicksalen die Verfolgung und Ermordung der jüdischen Einwohner, das Schicksal der Sinti und Roma, der Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenen, der Opfer von Euthanasie und von Zwangssterilisationen; sie zeichnet auch den Widerstand, den es gegeben hat, nach. Fernsehmonitore ermöglichen darüber hinaus Begegnungen mit Zeitzeugen, auch Tonbandaufzeichnungen können abgerufen werden.

Der Bonner Künstler Itamar Geyer, der die mit viel Zustimmung und Anerkennung aufgenommene Ausstellung konzipiert, erarbeitet und aufgebaut hat, erläutert im Gespräch mit dem "blick nach rechts", wovon er sich bei seiner Arbeit hat leiten lassen. Die Fragen stellte BNR-Mitarbeiter Theo Meier-Ewert.

Itamar Geyer: Gedenken ist hier ja oft mit Sentimentalität verbunden. Aber mit dem Herzen ist das so eine Sache: Da wird Sympathie erklärt, doch die hält den Wirklichkeiten kaum stand, weil im Kopf ein immer wiederkehrender Film abläuft, der sich aus vielen Quellen speist: aus Kindheitseindrücken, dem Schulunterricht, den Erzählungen von Eltern und Verwandten, aus Büchern und Bildern. Deshalb habe ich mich an den Vorsatz gehalten: Denken, das bedeutet auch Verstehen aus dem Vergleich, während das Gedenken mehr eine individuelle und private Angelegenheit ist, die mit Verlust und mit Schmerz zu tun hat und kaum glaubhaft kollektiv abrufbar ist. Gedenken hat mit Vergangenheit zu tun; doch für überlebende Opfer des Naziregimes ist Erinnern immer Gegenwart.

BNR: Was wollten Sie erreichen?

Itamar Geyer: Bei unserer Ausstellung habe ich versucht, die elementaren Wahrheiten, daß z.B.

von 479 in die Vernichtungslager deportierten Bonner Juden nur elf überlebt haben, nicht in irgendeinen relativierenden Vergleich zu setzen zu dem in geringem Maß auch hier existierenden politischen Widerstand, zu dem Protest einiger weniger oder dem vereinzelt Widerstand in den Kirchen. Verstanden werden soll die Aussonderung aus der Gesellschaft und die widerspruchslöse Reaktion der Bevölkerung darauf. Die großen Relativierer bei den Neokonservativen mögen ja Geschichte immer vergleichend darstellen, hier die Toten bei den Nazis, dort bei den Kommunisten; es galt aber, die Einmaligkeit und Erstmaligkeit dieser Geschehnisse, die von Deutschland ausgingen, aufzuzeigen.

BNR: An welche Zielgruppe wenden Sie sich?

Itamar Geyer: Nach bisheriger Erfahrung sind es vor allem Schüler und Studenten. Auch deshalb wurde eine thematische Einführung in das Thema zwingend. Eine ausschließliche Dokumentation von historischen Fotos, Dokumenten und Objekten erreichte von zehn Besuchern maximal drei. Sie wäre auch vom Anspruch und den Voraussetzungen her nicht zu verwirklichen gewesen.

BNR: Wie ist diese thematische Einführung beschaffen, wie ist die Ausstellung aufgebaut?

Itamar Geyer: Im ersten Raum gibt es zwei Türen. Die eine zeigt in einer attraktiven historischen Aufnahme den Bonner Friedensplatz; die zweite ist den "Auszuwandernden", den Sinti und Roma, Juden, Behinderten und Homosexuellen, den sogenannten Asozialen, vorbehalten. Aus Bonn wurden nämlich Menschen zusammengetrieben, ihrer Habe, ihres Heims beraubt, deportiert und umgebracht: Eisenbahngleise laufen hier über Bonner Dächer geradewegs in die Konzentrations- und Vernichtungslager. Auf einem Monitor erzählen ehemalige Bonner Juden, die überlebt haben, die Geschichte ihrer Flucht und Vertreibung.

Der nächste, wesentlich größere Raum ist der Dokumentation vorbehalten. Sie wird auch durch neue Medien wie einen "touch screen" (Monitor mit durch Berühren abrufbaren Informationen) erweitert. Dies soll auch künftig geschehen; doch hängt das auch von der Finanzierung ab. Der Verein, der die Gedenkstätte trägt, ist auf Spenden angewiesen, und in Zeiten verminderter Zuschüsse stößt man schnell an Grenzen.

Der dritte und letzte Raum enthält in einem sehr großen Kubus abgehangene Fotografien von Opfern aller Gruppen und Schichten aus Bonn. An einer Wand wurde nach einer Idee von Mitgliedern des Vereins eine Wand aus Grabsteinen der umgekommenen Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen aus

Rußland hochgemauert. An einer Seitenwand hängt ein Tuch, auf das Bonner Schülerinnen und Schüler die etwa 1400 bekannt gewordenen Namen derer geschrieben haben, die in Bonn Opfer des Naziterrors wurden.

In einigen Bereichen wurde auch bewußt auf eine Benennung der Objekte verzichtet. Da wurde der Versuch unternommen, das Unverständliche auch so zu belassen, um eine allzu schnelle Rezeption zu verhindern. Fragen sollen gestellt werden; Antworten kann man bei entsprechender Bereitschaft auch im Dokumentationsraum finden.

BNR: Gab es Schwierigkeiten?

Itamar Geyer: Es gab Diskussionen und bei der inhaltlichen Arbeit an der Ausstellung auch immer wieder die Schwierigkeit, Konsens zu erreichen. Zu unterschiedlich waren die Auffassungen.

BNR: Was möchten Sie erreichen?

Itamar Geyer: Ich wünschte, daß die Ausstellung kein bloßes Anhängsel des an gleicher Stelle entstehenden Bonner Stadtmuseums wird, das man besucht, um sich über die Vergangenheit zu orien-

tieren, sondern daß sie in die Gegenwart und in die Zukunft wirkt. Versuche der Ausgrenzung von Minderheiten und Randgruppen gibt es schließlich auch heute. Und was ist mit der "Euthanasiedebatte" um die hier tatsächlich kontrovers diskutierten Thesen des Herrn Singer? Und was mit dem Wegschauen, beispielsweise in der Berliner S-Bahn, wenn Afrikaner mal eben aus dem Zug geworfen werden?

Es besteht aber auch eine andere Gefahr, nämlich von Juden nur als von etwas Vergangenen zu erzählen. Die jüdischen Gemeinden wachsen aber wieder: unsere Bonner Gemeinde z.B. hat sich sozusagen fast vor dem Versiegen durch die Zuwanderung von russischen Juden vergrößert, so daß die für die Abhaltung des jüdischen Gottesdienstes notwendige Anzahl von mindestens zehn Männern gegeben ist. Doch ein jüdischer Fotograf aus Berlin meinte einmal, wenn ich Bilder von lebenden Juden an Zeitungen verkaufen möchte, stoße ich auf keinerlei Interesse; die wollen nur Fotos von toten Juden und Grabsteinen.

Theo Meier-Ewert

„Durchblicken“

In der Reihe „Durchblicke“ hat das Berliner Landesamt für Verfassungsschutz eine Neuauflage der Broschüre „Rechtsextremistische Bestrebungen in Berlin“ vorgelegt. Das 220seitige Heft bietet informative Details über die diversen Organisationen und Gruppierungen des Rechtsextremismus. Beispielsweise stehen im Augenmerk neben anderen zahlreiche neonazistische Kleingruppen, die teilweise auch schon durch militante Aktionen aufgefallen sind. Eine Schlüsselrolle spielt hier insbesondere der inhaftierte Berliner Neonazi Arnulf Priem, der seine politische Karriere bei der NPD begonnen hat und nach Ansicht des Berliner Amtes „ein Bindeglied zwischen nahezu allen Gruppen des rechtsextremistischen Spektrums in Berlin und dessen Umland“ darstellt. Der 49jährige Neonazi-Funktionär, Ex-Landesvorsitzender der verbotenen „Deutschen Alternative“, Mitinitiator der „Deutschen Alternative“ gilt als Gründer zahlreicher, darunter neugermanischer, Kleingruppierungen wie „Asgard-Bund“, „Wotans Volk“, „Kampfgruppe Priem“, „Reichsritter“, „Vandalen Ariogermanische Kampfgemeinschaft“. Als nicht unerheblich dürfte hier gelten, daß der neonazistische Polistenmörder Kai Diesner diesem Umfeld entstammt. Anschaulich dokumentiert ist auch die Entwicklung des Vereins „Die Nationalen e.V.“ (ursprünglich der „Deutschen Liga für Volk und Heimat“ nahestehend) etwa von 1993 an

hin zu einer neonazistischen Organisation. Bedeutung haben die hauptsächlich in Brandenburg operierenden „Nationalen“ insbesondere durch ihr überregional angelegtes Medienprojekt „Berlin Brandenburger-Zeitung der Nationalen Erneuerung“ mit verschiedenen Regionalausgaben. Hierbei arbeiten auch Aktivisten der sogenannten „Unabhängigen Kameradschaften“ (in Berlin etwa zehn mit rund 120 Mitgliedern, die hauptsächlich im Ostteil der Stadt aktiv sind) mit. Bei den rechtsextremistischen Parteien konstatiert der Bericht eine rückläufige Mitgliederzahl in Berlin auf 1505 (1995: 1650) insgesamt, besonders die DVU mußte Federn lassen (540:700), die „Republikaner“ und die NPD blieben mit 800 bzw. 80 auf dem Vorjahresstand, während bei „Jungen Nationaldemokraten“ (+ 10 auf 20) sowie „Deutscher Liga für Volk und Heimat“ (65) ein leichter Aufwärtstrend zu verzeichnen ist.

Alles in allem bietet die Broschüre einen informativen Überblick über das gesamte neonazistische und rechtsextremistische Spektrum, von bekannten und weniger bekannten Organisationen und Parteien, rechtsextremistischen Kulturgemeinschaften, militanter Skinhead-Szene, Neuer Rechten usw. - Informationen die sonst in dieser Breite üblicherweise nicht in Verfassungsschutzberichte Eingang finden.

Landesamt für Verfassungsschutz, Auf dem Grat 2, 14195 Berlin.

ZEITSCHRIFTENSCHAU

Rechtsextremistische Periodika in 1997

„Europa Vorn“, 10. Jg., Nr. 113/Febr./März 1997:

Das Thema Nation als solche beherrscht die Autoren des Heftes. Manfred Rouhs bemüht ausgerechnet die zwei Weltkriege des Jahrhunderts, augenscheinlich wohl vom Himmel gefallen, für seine Agitation u.a. gegen den SPD-Vorsitzenden Lafontaine, der „den multikriminellen Bürgerkrieg dem Bestand einer deutschen Nation vorziehen“ würde. Franz Schönhuber räumt rückblickend ein, während seiner politischen Laufbahn als „Republikaner“-Chef zu zurückhaltend gewesen zu sein. Er gibt kund, es fortan mit der Parole „Nationalisten aller Länder vereinigt euch“, halten zu wollen. Vielschreiber Wolfgang Strauss, im Heft mehrfach vertreten, führt Beispiele der Barbarei anderer, meist islamischer, Staaten an; einzig eine Stärkung der Nationalstaats-Idee könne Deutschland retten. Zustimmend „interpretiert“ Strauss die Thesen Samuel Huntingtons („Der Kampf der Kulturen“); nur leider übersehe dieser „die Einmaligkeit des deutschen Kulturkreises“, von Huntington schnöde dem westlichen, einschließlich der Vereinigten Staaten, zugerechnet, innerhalb dessen für Menschen aus anderer Herren Länder denn auch kein Raum sei. Von den USA, nach seiner Ansicht im totalen Rassenkrieg, entwickelt Strauss dazu passend ein absolutes Horrorszenario. General a.D. Franz Uhle-Wettler berichtet über den im vergangenen Dezember in Rom stattgefunden Kongreß der Verteidiger des ehemaligen SS-Hauptsturmführers Erich Priebke und dessen „absurde“ Strafverfolgung.

„Junge Freiheit“(JF)-12. Jg. Nr. 12, 13/97: Fremdenfeindlichkeit wird „linksextremen Krawallmachern“ und deren „Helfershelfern in den etablierten Parteien“ vorgeworfen, die für den geplatzten Auftritt des österreichischen „Freiheitlichen“-Chefs Jörg Haider beim Düsseldorfer Lions-Club verantwortlich gemacht werden (12/97). Robert Steuckers, neurechter Vordenker, skizziert im Interview das Ideengut der echten „Neuen Rechten“. Ernst Topitsch, bereits im „Historikerstreit“ vor zehn Jahren Stalins Kriegstreiberrolle vertretend, findet erneut Argumente für die sogenannte Präventivschlagthese (12/97). CDU-Rechtsaußen Heinrich Lummer, für den nach eige-

ner Aussage „nicht erheblich ist, neben wem“ er abgedruckt wird, findet sich denn auch in unmittelbarer publizistischer Nachbarschaft mit Alain de Benoist, dem Chefdenker der französischen Neuen Rechten, der darüber sinniert, daß der Euro als Bollwerk gegen den amerikanischen Dollar eingesetzt werden könnte (13/97). Ob sich die „Freien Wähler“, die für den nächsten Bayerischen Landtag kandidieren wollen, mit einem Interview für die JF politisch profilieren, mag dahingestellt bleiben. Die Wehrmachtausstellung und deren politische Gegner bleiben im Augenmerk der JF; dokumentiert wird dazu auszugsweise ein Text von Peter Gauweiler, der seine Kritik daran wieder mit persönlichen Angriffen auf die „Ausstellungsmacher“ Jan Philipp Reemtsma und Hannes Heer verbindet (13/97).

ARBEITSBERICHTE

Duisburger Institut für Sprach- und Sozial- forschung

Das Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS) forscht nach seinem Selbstverständnis über gesellschaftliche Probleme, „die in der offiziellen und institutionalisierten Forschungs- und Bildungslandschaft vernachlässigt werden ...“. Mit Hilfe eines wissenschaftlichen Ansatzes von Diskurstheorie und Diskursanalyse werden Zusammenhänge von Sprache und Gesellschaft untersucht. Schwerpunkt der Forschungsarbeit sind Rassismus und Rechtsextremismus in Deutschland. Die Studien über Rassismus konzentrieren sich auf den Einwanderungs- und Flüchtlingsdiskurs im Alltag und in den Medien. Rechtsextremes Denken ist insoweit Forschungsansatz, als Rassismus zu seinen Elementen gehört. Des weiteren - und damit wohl weitgehend einzig - ist die Analyse des bioethischen Diskurses, vermittelt über Debatten zu Sterbehilfe und Euthanasie sowie Organspende. Das Institut macht seine Arbeitsergebnisse in Seminaren, Vorträgen und eigenen Publikationen sowie Bildungs- und Unterrichtsmaterialien öffentlich.

Interessenten wenden sich an:

Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS), Realschulstraße 51, 47051 Duisburg, Tel. 0203-20249; Fax -287881.

BÜCHERSCHAU

**Sozialismus
von Rechts**

Sozialismus gilt allgemein als ein der politischen Linken zuordbares Politikmodell. Daß es auch so etwa wie einen „Rechtssozialismus“ (Werner Sombart) - zumindest auf der ideologischen Ebene - gab, ist weniger bekannt. Der Politikwissenschaftler Christoph H. Werth erinnert mit seiner Arbeit „Sozialismus und Nation“ an diese ideologische Ausrichtung und beschreibt die dementprechenden Versuche Sozialismus und Nationalismus zusammenzuführen. Der diesbezügliche Disput in der deutschen Ideologiediskussion zwischen 1918 und 1945 ist sein zentrales Thema, das anhand der Publikationen der in diesem Kontext wichtigsten Intellektuellen dargestellt und eingeschätzt wird. Zunächst geht es um die ersten Versuche einer ideologischen Kombination, die Werth bei Friedrich Naumann und Oswald Spengler sieht. Dem folgen Ausführungen zum Gemeinschafts- und Gemeinwirtschafts-Verständnis anhand von Ferdinand Tönnies, Walther Rathenau und Wichard von Moellendorff sowie bezogen auf den Sozialismus als antiwestliches Ressentiment und symbolisches Dekor anhand von Arthur Moeller van den Bruck. Weitere Stufen der ideologischen Synthetisierung von Nationalismus und Sozialismus sieht Werth in den Veröffentlichungen von Ernst Niekisch und dem Theorieorgan „Die Tat“ sowie im Verständnis des „Arbeiters“ im totalitären Maschinenstaat bei Ernst Jünger und des „Deutschen Sozialismus“ bei Werner Sombart. Abschließend behandelt der Autor die politisch folgeschwerste ideologische Kombination in der Form des Nationalsozialismus in seinen unterschiedlichen Entwicklungsphasen.

Hinsichtlich der ideologischen Bezüge und Verbindungen der behandelten „Rechtssozialisten“ bemerkt Werth: „Was blieb ... noch vom ‘Sozialismus’? Die Aversion gegen den Westen, den (als jüdisch denunzierten) Kapitalismus und gegen das bürgerliche Individuum, dann die Ablehnung der tradierten deut-

schen Oberschichten ... Aber man opponierte gegen sie eigentlich nicht mit sozialistischer, sondern vielmehr mit sozialdarwinistischer Zielsetzung, indem man sie mit der bürgerlichen Aufstiegsmaxime ‘freie Bahn dem Tüchtigen!’ konfrontierte. Darüber hinaus blieb das Bekenntnis zur Planwirtschaft und Autarkie, zur Herrschaft des Staates über die Wirtschaft, ein selbstbewußtes bürgerliches Leistungsdenken, welches die etablierten Ständeschranken des Kaiserreichs durchbrach, dazu ein gewisses Maß an patriarchaler Fürsorge und wohlfahrtstaatlichen Leistungen, schließlich die mehr rhetorisch beschworene Stimmung von Einheit und Geschlossenheit ... Der Rechtssozialismus (...) schlingerte in einer eigentümlichen Ambivalenz zwischen Mittelalter und Modernität, zwischen Verlust der Sinnmitte und rasendem technischen Fortschritt, zwischen eskapistischer Sehnsucht nach guten fernen Zeiten und einem geradezu wütigen Willen zur Modernität“ (S. 279f.).

Werth ist es gelungen, auf breiter Informations- und Materialbasis mit zahlreichen Belegen den Versuch einer ideologischen Kombination von Nationalismus und Sozialismus bei den genannten Intellektuellen nachzuzeichnen. Dabei hat er deren sozialistisches Selbstverständnis nicht unkritisch übernommen, sondern betont zutreffend einerseits den instrumentellen Gebrauch, also die strategisch motivierte diskursive Entwindung eines Begriffs vom politischen Gegner, und andererseits die Unterschiede zum Sozialismus-Verständnis der damaligen Arbeiterbewegung. Allerdings wäre es hier auch interessant gewesen, nach den strukturellen Gemeinsamkeiten zu fragen, etwa bezogen auf den Anti-Individualismus und gemeinschaftlichen Kollektivismus oder die Aversion gegen den Liberalismus und den Westen. Auch diese Aspekte dürften beim Zustandekommen eines „Rechtssozialismus“ in der genannten Form sowohl auf intellektueller als auch auf politischer Ebene (in Gestalt der NSDAP) von nicht zu unterschätzender Bedeutung sein.

Armin Pfahl-Traugher

Christoph H. Werth, Sozialismus und Nation. Die deutsche Ideologiediskussion zwischen 1918 und 1945, Opladen 1996 (Westdeutscher Verlag), 388 S., 59 DM

Tagebuch

Inland

Bad Segeberg - Nach dem Ausschluß von Jürgen Jost (alias Joschi; Elias BBS) und Thekla Kosche (alias Gothmag; Asgard BBS) aus dem Thule Mailboxnetz (BNR 6/97), von Kosche hochgeredet als „Spaltung des Thule-Netzes“, attackiert letztere in harschen Worten führende Thule-Sysops. Im Visier steht vorrangig der „angebliche >Experte< in Sachen Anti-Antifa“, Kai Dalek (alias „Undertaker“). Dieser vertrete, so Kosche „eine dumme und gefährliche Art des Pseudo-Nationalismus“. Zu sprechen kommt Kosche in diesem Zusammenhang auch „auf die >Bombenleger<-Sache“. Dalek wirft sie seine „unverhohlen zum Ausdruck gebrachte Sympathie für Terror und Gewalt als legitimes Mittel im politischen Kampf“ vor und charakterisiert ihn als einen „gewöhnlichen Kriminellen“.

Berg (Obb.) - Der Druffel-Verlag (Verlagsgesellschaft Berg) des Gert Sudholt plant für den kommenden Herbst einen umfangreichen Dokumentenband über „Freveltaten der Sieger“. Zugrundegelegt werden soll dem Machwerk Aktenmaterial aus amerikanischen Beständen, „das sich mit den Greueln der Sieger von 1945 an deutschen Wehrmachtsangehörigen und an Zivilpersonen vor und nach Kriegsschluß befaßt“. Um die Finanzierung dieses „sensationalen Werkes“ zu gewährleisten, bittet Verleger Sudholt vorab schon um Geldüberweisungen.

Berlin - Der „Bund Freier Bürger“, Landesverband Berlin, hat Joachim Braun auf einem Parteitag am 8. März in seinem Amt als Berliner Landesvorsitzender wiedergewählt. Zum Stellvertreter wurde Peter Büniger bestimmt.

Berlin - Die neonationalsozialistische Skin-Bewegung „Blood&Honour“, die ihren Ursprungsort in England hat, soll in der Bundesrepublik Sektionen in Berlin, Brandenburg, Sachsen und Baden-Württemberg unterhalten. In Planung befindet sich ein eigenes Plattenlabel. Dies behauptet ein „Kamerad Martin“ von der „Blood&Honour“-Division Deutschland in der aktuellen Ausgabe des „Braunauer Ausguck“.

Berlin - Das Thule-MailboxNetz meldet den Ausschluß von „Radio Germania“ (Berlin) für die Dauer von einem Jahr von der Nutzung des offenen Kanals. Begründet wurde der Ausschluß u.a.

wegen „sittlicher Gefährdung“. Unter einer „sittlichen Gefährdung“ ist nach ständiger Spruchpraxis der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften sowie gängiger Rechtsprechung die sozialethische Desorientierung zu verstehen. Die Macher von „Radio Germania“ werden nach Thule-Angaben „selbstverständlich gegen den Ausschluß“ klagen. Alle Radiosendungen von „Radio Germania“ können käuflich bei der Berliner „Kameradschaft Beusselkiez“ erworben werden.

Bingen - Mit Zeitverzögerung liegt nun das „Literaturinfo 1997“ von Werner Symanek (Verlag und Literatur in Bingen) vor. Angeboten wird ein Konglomerat von rechtsextremem, esoterischer, okkultem und völkischer Literatur. Regelmäßige Inserate von Symanek, Mitglied der „Gesellschaft für freie Publizistik“ finden sich in der „Jungen Freiheit“. Bei Symanek (32) werden auch die NS-apologetischen „Unabhängigen Nachrichten“ (UN) gedruckt.

Detmold - Drei der bei den ausländerfeindlichen Übergriffen in Detmold beteiligten Wehrpflichtigen stehen im Verdacht, Kontakt zur rechtsextremen Szene zu unterhalten. Bei verschiedenen Hausdurchsuchungen wurden ein Grundsatzprogramm der verbotenen „Nationalistischen Front“, eine Reichskriegsflagge, diverse Skin-Utensilien sowie Exemplare der „Deutschen National-Zeitung“ gefunden. Nach Ankündigung des Generalinspektors Hartmut Bagger werden die Soldaten, die am 17. März in der Detmolder Innenstadt junge Ausländer mit Baseballschlägern und Messern attackierten, aus der Bundeswehr entlassen. Die Wehrbeauftragte des Bundes, Claire Marienfeld hatte in ihrem Bundeswehr-Jahresbericht für 1996 von 44 Verdachtsfällen auf Rechtsextremismus mit 56 mutmaßlichen Tätern gesprochen.

Erfurt - Der Neonazi Manfred Roeder wurde vom Landgericht Erfurt wegen Beschädigung zu einer Geldstrafe in Höhe von DM 4.500,— verurteilt. Das Gericht folgte damit dem Urteil der ersten Instanz, wogegen beide Seiten Berufung eingelegt hatten. Der 68jährige vorbestrafte Roeder hatte im Sommer 1996 Schautafeln der Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht“, gegen die der Top-Neonazi seit jeher in Wort und Tat agitiert, mit Parolen beschmiert. Das Gericht blieb unter dem Antrag der Staatsanwaltschaft, die eine dreimonatige Freiheitsstrafe ohne Bewährung gefordert hatte.

Essen - „Somit haben die Juden ihren Willen bekommen!“ rief Thomas Lemke in den Saal, als

sein Urteil verkündet wurde. Der 28jährige Gladbecker Neonazi, vom Essener Landgericht schuldig gesprochen wegen dreifachen Mordes, wurde zu einer lebenslangen Haft, der sich Psychiatrie und Sicherungsverwahrung anschließen sollen, verurteilt. Die Ex-Verlobte Bianca Weidemann (26) muß wegen Mordes sechs Jahre hinter Gitter, Freund Marcel Müthing (25) aus Duisburg für fünf Jahre, wegen Beihilfe zum Totschlag.

Hamburg - Die „Nordische Zeitung“ (65. Jahrgang), Organ der „Artgemeinschaft - Germanische Glaubens-Gemeinschaft wesensgemäßer Lebensgestaltung e.V.“ (Hamburg), meldet in ihrer I. Quartalsausgabe 1997, daß man seit „Hartung 3797 n.St.“ auch per homepage im Internet vertreten sei. Bei steigendem Interesse an den Aktivitäten der „Artgemeinschaft“ soll zusätzlich künftig eine englischsprachige EDV-Ausgabe herausgegeben werden.

Hamburg - Der Hamburger NIZ-Verlag hat eine Schriftenreihe „Progressiver Nationalisten“ gestartet. Für die Erstausgabe „Progressiver Nationalismus contra >Nationalsozialistische<-Polemik. Dokumente einer Auseinandersetzung“ zeichnet Andre Goertz, bis zum Verbot im Februar 1995 Landesgeschäftsführer der FAP in Schleswig-Holstein, presserechtlich verantwortlich. Goertz, zeitweilig Hauptakteur der neonazistischen Sammlungs- und Vernetzungsbestrebungen in Schleswig-Holstein, versucht, seinen Anhängern eine neue theoretische Handlungsgrundlage zu geben und eine optische Distanz zum Nationalsozialismus herzustellen. Bestimmte Themenfelder sollten aus taktischen Erwägungen nur noch zurückhaltend angesprochen werden, um in der Öffentlichkeit nicht mehr Angriffsfläche als notwendig zu bieten.

Karlsdorf (Kreis Karlsruhe) - In der Wochenzeitung „Junge Freiheit“ (Ausgabe 11/97) war eine Anzeige des „Vision-Verlag“ veröffentlicht. Hinter dem neuen „Vision-Versand“ steckt der 27jährige vorbestrafte Neonazi Andreas Gängel. Inseriert hat der „Vision-Verlag & Versand“ in den vergangenen Wochen neben der JF auch in der „Deutschen National-Zeitung“. In der Vergangenheit führte der damalige Kader der 1992 verbotenen neonazistischen „Nationalistischen Front“ Gängel den „Endsieg Versand“ (ESV) und die „ESV-Records“. Er produzierte Bands wie „Toitonen“, „Diktator“, „Triebtäter“, „Volkszorn“ und „Widerstand“. Das von Gängel hergestellte Skinzine „Endsieg“ wurde indiziert und eingestellt. Den „Endsieg-Versand“ übergab Gängel infolge einer

richterlichen Auflage 1994 an Jürgen Ludwig aus Bruchsal-Untergrombach (Kreis Karlsruhe). Der „langjährige Kamerad“ Ludwig stellte das Gewerbe unter dem neuen Namen „Verlag 88“ („Nationale Artikel zu sozialistischen Preisen“) jedoch nach kurzer Zeit aus ökonomischen Gründen, Ludwig beklagte Anfang 1995 bereits einen „riesigen Schuldenberg“, wieder ein (vgl. BNR 11/95).

Karlsruhe - Der inhaftierte US-Neonazi Gary Rex Lauck ist wegen Volksverhetzung und Aufstachelung zum Rassenhaß zu einer Freiheitsstrafe von vier Jahren rechtskräftig verurteilt. Der 3. Strafsenat des Bundesgerichtshofs in Karlsruhe bestätigte am 14. März das Urteil des Hamburger Landgerichts vom August 1996, wogegen Lauck, Kopf der NSDAP/AO aus Lincoln/Nebraska, Revision eingelegt hatte (Az.: 3 StR 10/97). Die US-Behörden hatten bereits auf eine Auslieferung des 44jährigen Neonazis verzichtet.

Koblenz - Der seit September 1995 andauernde Prozeß wegen Fortführung der verbotenen „Deutschen Alternative“ (DA) am Landgericht Koblenz steht vor dem möglichen Ende. Am 9. April soll nochmals die Beweisaufnahme Gegenstand der Verhandlung sein. Für den 11. April sind die Plädoyers der Verteidigung - die Rechtsanwälte Wingerter, Heilbronn, Johansen, Koblenz und Dr. Sieg, Frankfurt/Main - terminiert. Am 19. März waren drei Zeugen aus der rechtsextremistischen Szene vorgeladen. Neben dem ehemaligen 33jährigen ANK-Vorsitzenden Huck wurden Mike Gerbig und Hehring befragt, inwieweit die „Aktionspartei Nationalrevolutionärer Kameraden“ (ANK) als Nachfolgeorganisation der 1992 verbotenen DA diskutiert wurde.

München - Der Bundesvorsitzender der rechtsextremistischen „Deutschen Volksunion“, Dr. Gerhard Frey, wurde nach Angaben der „Deutschen National-Zeitung“ auf einem Bundesparteitag „nahezu einstimmig“ in seinem Amt bestätigt. Auch der übrige DVU-Bundesvorstand wurde wiedergewählt. Kontinuität zeigt demnach auch der bayerische DVU-Landesverband; er wählte auf seinem Landesparteitag Bruno Wetzels erneut in das Amt des Landesvorsitzenden.

Stuttgart - Am 22. März fand in der Gaststätte „Poststadion“ in Stuttgart eine Veranstaltung des am 4. Juli 1970 gegründeten „Deutschen Seminars“, an der ca. 100 Personen aus dem süddeutschen Raum (u.a.: Heidelberg, Ludwigshafen, Kar-

Adresse:

Isruhe, Rastatt, Freudenstatt, Esslingen, Stuttgart, München), teilnahmen, statt. Kopf des „Deutschen Seminars“ ist Walter Staffa, Ehrenvorsitzender des „Witikobundes“ und Stiftungsmitglied der „Stiftung Sudetenland“, deren Stiftungszweck u.a. die „Unterstützung siedlungswilliger Deutscher bei ihrer Existenzgründung“ vorsieht. Auf der Referentenliste der Frühjahrsveranstaltung des „Deutschen Seminars“ standen der Anti-Antifa-Experte Hans-Helmuth Knütter, Werner Obst (Autor: „Ostpreußenblatt“, „Deutschland-Magazin“, „Criticon“, Referent bei der „Gesellschaft für freie Publizistik“, „Witikobund“), Theodor Schmidt-Kaler (Erstunterzeichner des „Heidelberger Manifestes und des „Appells der 100“), und Horst-Rudolf Übelacker (Vorsitzender des „Witikobundes“ und der „Deutsch-Ukrainischen Gesellschaft“, Autor der „Jungen Freiheit“ sowie zeitweilig REP-Kreisvorsitzender von München-Land). Vor Ort wurde auch Jürgen Schützinger (Bundessprecher sowie Kreis- und Stadtrat für die „Deutsche Liga für Volk und Heimat“, zuvor baden-württembergischer NPD-Landeschef) gesehen.

Ausland

Griechenland (Trikala) - In der mittelgriechischen Stadt Trikala ist der alte jüdische Friedhof von Unbekannten geschändet worden. Nach Angaben des Präsidenten des Zentralrats der Juden in Griechenland, Nisim Mais, wurden die teilweise mehr als 200 Jahre alten Gräber aufgerissen, geplündert und mit Hakenkreuzen beschmiert. In Trikala sollen heute noch 65 Juden leben.

Italien (Rom) - Nach Recherchen des STERN wird der SS-Hauptsturmführer Erich Priebke, 83, von Mitgliedern der „Stillen Hilfe für Kriegsgefangene und Internierte“ betreut. Prominentestes Mitglied der „Stillen Hilfe“, in der rund 40 AltNazis und ehemalige Angehörige der Waffen-SS organisiert sind, ist Gudrun Burwitz (67), Tochter des früheren Reichsführers SS, Heinrich Himmler. Diese und der frühe-

re SS-Mann Günter Stübiger, Verfasser eines Berichtes über den Schwammberger Prozeß beim „Deutschen Rechtsschutzbund“ (Bochum), kümmern sich seit der Enttarnung Priebkes und seiner Auslieferung von Argentinien nach Italien 1994 um Priebke. Priebke muß sich vom 14. April an erneut vor einem Militärgericht in Rom verantworten.

USA (Lincoln) - Während die deutsch-sprachige Ausgabe der NSDAP/AO, der „NS-Kampftruf“, seit rund einem Jahr nicht mehr erschienen ist, läuft die Herausgabe des englisch-sprachigen Organs „The New Order“ regelmäßig weiter. Schriftleiter des Blattes, das nunmehr in der 126. Ausgabe vorliegt (Januar/Februar 1997), ist „Michael Storm“ (= Michael Kelly); zur Seite steht ihm ein Michael L. Hansen. Veröffentlichte Leserbriefe aus Rußland, Australien, Spanien, Frankreich, Slowakei und mehreren Bundesstaaten aus den USA, deuten auf einen relativ großen Verbreitungsgrad von „The New Order“ hin. Angepriesen wird in der aktuellen Ausgabe „Mein Kampf“ von Adolf Hitler. Preis: 20 US-Dollar.

Mitglieder der „National Socialist White People's Party“ (NSWPP) und der NSDAP/AO haben eine Aktivistengruppe namens „The Committee to Free Gerhard Lauck“ (kurz: „Combat Group Lauck“) ins Leben gerufen. Gemeinsam soll eine koordinierte nationalsozialistische Propagandaoffensive gegen das „Weltjudentum“ und die Sozialdemokratie, die als Feinde der weißen Rasse bezeichnet werden, eröffnet werden. Die NSWPP wurde 1958 unter der Bezeichnung „American Nazi Party“ (ANP) von George Lincoln Rockwell gegründet. Nach Rockwells Ermordung durch einen Gesinnungskameraden 1967, wurde Matt Koehl Führer der ANP, die er in NSWPP umbenannte.

IMPRESSUM

Herausgeber:

Institut für Information und Dokumentation e.V.

Verlag:

Vorwärts Verlag GmbH
Wilhelmstraße 140, 10963 Berlin
Telefon (030) 2599 1641, Fax 2599 1654

Redaktionsleitung:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Winterstr. 35, 53177 Bonn
Telefon (0228) 9510416, Fax 314523

Satz und Lithos:

DAVIS BONN GmbH

Druck:

Braunschweig-Druck GmbH

Erscheint 14tägig, Bezug nur Abonnement
Preis DM 117,- jährlich, zzgl. MwSt. und Versandkosten